

# D. STRUKTURPOLITISCHE ÜBERLEGUNGEN

## I NEUE SIEDLUNGSSCHWERPUNKTE FÜR VERWALTUNGSBETRIEBE

In den vergangenen 10-20 Jahren hat sich die Wohnsiedlungstätigkeit der in Erlangen Beschäftigten immer weiter hinaus in das Umland verlagert; die Arbeitsplätze, zum überwiegenden Teil bei der Siemens-AG, blieben jedoch im Stadtgebiet konzentriert. Besonders stark war die Eigenheimbau-Entwicklung im nordwestlichen Einzugsgebiet in Richtung Höchststadt an der Aisch und im östlichen Einzugsbereich in Richtung Neunkirchen am Brand. Von diesen Bereichen war besonders der nordwestliche in Richtung Höchststadt sehr gut für den motorisierten Individualverkehr erschlossen. Von Erlangen aus gibt es die breit ausgebaute Staatsstraße 2240 bis Dechendorf, von dort aus die Staatsstraße 2257 nach Röttenbach und Hemhofen, die Bundesautobahn Nürnberg-Würzburg in Richtung Höchststadt, die Staatsstraße 2259 nach Weisendorf und die Staatsstraße 2240 von Heßdorf über Haunberg in Richtung Höchststadt.

Im Gegensatz etwa zu Herzogenaurach, wo es durch eigene Industrien seit langem ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Wohnungen und Arbeitsplätzen gibt, besteht zwischen dem Bereich in Richtung Höchststadt und dem in Richtung Neunkirchen auf der einen und dem Stadtgebiet Erlangen auf der anderen Seite eine hochgradige Funktions-trennung zwischen Wohnen und Arbeiten. Um dieser Funktionstrennung entgegenzuwirken, sollen an Stellen, die von den geplanten Schienenverkehrsmitteln gut erschlossen sind, Arbeitsplätze in der Verwaltung geschaffen werden, und zwar in Neunkirchen etwa 1500, in Zeckern etwa 1000 Arbeitsplätze (bei

gegenwärtig 67 000 Arbeitsplätzen insgesamt und 27 000 Arbeitsplätzen bei Siemens in Erlangen). Die unterschiedliche Gewichtung von 1500:1000 ergibt sich aus der im Vergleich zum nordwestlichen Umland im östlichen Umland noch verschärften Verkehrsproblematik.

Gedacht ist hier hauptsächlich an eine Auslagerung von Teilbereichen der Firma Siemens, da die Einpendler aus dem nordwestlichen und dem östlichen Einzugsgebiet hauptsächlich bei der Firma Siemens beschäftigt sind. Auf diese Weise kann einerseits ein Teil des Verkehrs zwischen der Stadt und dem Umland mit seinen ökologischen Belastungen verhindert werden, andererseits werden die öffentlichen Verkehrsmittel zwischen der Stadt und dem Umland besser ausgenutzt, da ein Teil der Beschäftigten dann wahrscheinlich auch aus dem Stadtgebiet in das Umland zur Arbeit pendeln muß. Bei der Auslagerung sollte jedoch auf einen möglichst hohen Anteil von Beschäftigten aus dem jeweiligen Umlandbereich geachtet werden.

Ein Argument gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen dürfte die Gefahr der weiteren Zersiedelung des Umlandes sein. Diese jedoch ist alleine auf kommunaler Ebene nicht zu lösen und würde, ginge es nach den Wachstumsgemeinden im Umland und der Expansionspolitik im Stadtwesten, sowieso stattfinden. Die weitere Zersiedelung könnte unter anderem durch ein Landes- oder Bundesgesetz zur Besteuerung übermäßigen Flächenverbrauchs eingedämmt werden.

Wichtig bei der Schaffung von Arbeitsplatzschwerpunkten im Raum Erlangen sind der gute Anschluß an öffentliche Verkehrsmittel und die Vermeidung hohen Güterverkehrsaufkommens. Letzteres kann durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen in der Verwaltung erreicht werden. Ersteres ergibt sich durch den Bau einer *Schiene* *Verbindung unter anderem auf* der Strecke Höchststadt-Erlangen-Neunkirchen (Eschenau).

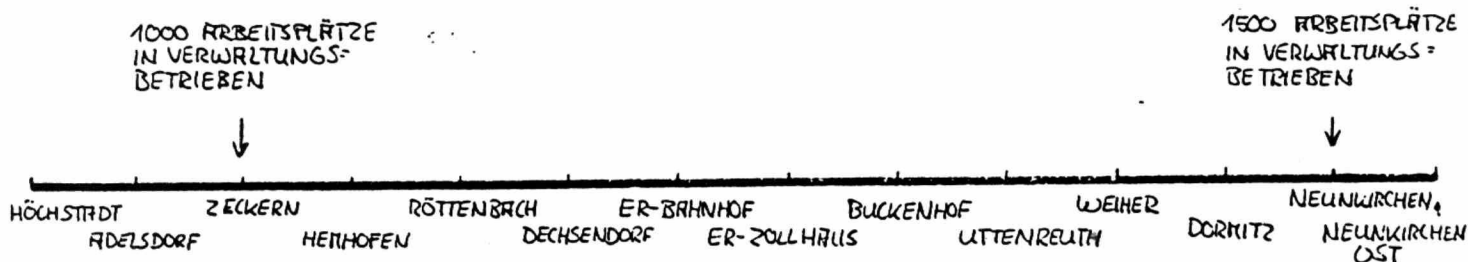
Für die architektonische Gestaltung der Arbeitsplatzschwerpunkte im Verwaltungsbereich müssen einige Prinzipien beachtet werden, um die Gebäude in die Umgebung einzupassen:

- maximal 3 Geschosse
- geneigte Dächer
- kleinteilige, eng gruppierte Gebäude anstelle massiger Bürohauseinheiten.

Durch diese Bauweise soll eine vom architektonischen her dörfliche Atmosphäre geschaffen werden. Durch relativ enges Aneinanderstellen der Baukörper soll der Flächenverbrauch auf ein Minimum reduziert werden.

Als Fläche für die Neuansiedlung der Arbeitsplätze ist in Zeckern das Gebiet am Bahnhof Zeckern direkt östlich der Staatsstraße 2259 (Hemhofen - B 470) vorgesehen. In Neunkirchen geht es um das Gebiet zwischen der Staatsstraße 2240 in Richtung Dormitz, der Verbindungsstraße nach Rosenbach und der Henkerstegstraße. Hier soll die Neuansiedlung unter Schonung und Einbeziehung des Bachlaufs des Brandbaches direkt an die bestehende Innerortsbebauung anschließen. Alternativ hierzu wäre das Gebiet am östlichen Ortsende an der Staatsstraße 2240 und der vorgesehenen Wendeschleife der Stadtbahn möglich.

**Zentrale Erschließungsachse mit neuen Siedlungsschwerpunkten für Verwaltungsbetriebe (schematische Darstellung)**



ES SIND NICHT ALLE STATIONEN AUFGEZÄHLT

Siehe auch Karten 3-6